

Niederschrift

über die 2. öffentliche Sitzung
des Gemeinderates

am Donnerstag, dem 15.12.2011, im Ratssaal des Rathauses in Sande

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
2. **Einwohnerfragestunde**
3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 1 vom 03.11.2011**
4. **Änderung der Kanalanschlussbeitragssatzung
Vorlage: 1/2011/1**
5. **Erlass einer 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kanalbenutzungsgebühren
Vorlage: 5/2011/1**
6. **Erlass einer 21. Satzung zur Änderung der Satzung für die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen
Vorlage: 7/2011/1**
7. **Änderung der Satzung der Gemeinde Sande über die Erhebung von Gebühren für die Straßenreinigung
Vorlage: 6/2011/1**
8. **Festsetzung einer Gebühr für die Oberflächenentwässerung im Ortsteil Cäciliengraden 2012
Vorlage: 19/2011**
9. **Neufassung der Kreditrichtlinie
Vorlage: 2/2011/1**
10. **Erlass einer Entwicklungssatzung für den Bereich Edo-Wiemken-Straße/Daunstraße
Vorlage: 23/2011**

- 11. Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 46 - JadeWeserAirport - sowie Abschluss eines Städtebaulichen Vertrages
Vorlage: 24/2011**
- 12. Neufassung der Hauptsatzung der Gemeinde Sande
Vorlage: 13/2011**
- 13. Neufassung der Aufwandsentschädigungssatzung für Ratsmitglieder
Vorlage: 14/2011/1**
- 14. Benennung der Eltern- und Lehrervertreter für den Schulausschuss
Vorlage: 42/2011**
- 15. Geschwindigkeitsbeschränkung der Bahnstrecke Sande - Esens im Bereich Sande
Vorlage: 43/2011**
- 16. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 16:30 Uhr

Anwesend:

Ratsmitglieder

Ratsherr Jörg Beutz
Ratsfrau Christel Bohlen
Ratsfrau Ruth Bohlke
Ratsfrau Isabel Bruns
Ratsherr Frank David
Ratsfrau Petra Ducci
Ratsherr Stephan Eiklenborg
Ratsherr Folkert Feeken
Ratsherr Christian Fiedler
Ratsfrau Angela Hoffbauer
Ratsherr Hermann Kleemann
Ratsherr Oliver Kohls
Ratsherr Olaf Lies (MdL)
Beigeordneter Matthias Lührs
Ratsherr Reinhard Oncken
Ratsfrau Kirstin Pöppelmeier
Ratsfrau Annika Ramke
1. stellvertretender Bürgermeister Michael
Ramke
Ratsherr Achim Rutz
Beigeordneter Andreas Schindler
Beigeordnete Ulrike Schlieper
Beigeordneter Alexander von Fintel
Bürgermeister Josef Wesselmann
2. stellvertretende Bürgermeisterin Moni-
ka Willenbücher-Orths
Ratsherr Uwe Wispeler

Verwaltung

Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann
Gemeindeoberamtsrat Jürgen Focke
Gemeindeamtfrau Nadine Stamer als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

Öffentlicher Teil

**1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ein-
ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Die Ratsvorsitzende, Beigeordnete Schlieper, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die

Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

- a) Der Vorsitzende des Bürgervereins Sande dankte dem Rat für die geleistete Arbeit zum Wohle der Bürger und sprach eine allgemeine Einladung zur Teilnahme an den Monatsversammlungen des Bürgervereins und zur Mitgliedschaft aus.
- b) Herr Schlenkert bezog sich auf einen Presseartikel bezüglich der Anpassung der Kanalbenutzungsgebühr, die aufgrund der Havarie der Druckrohrabwasserleitung erhöht werden muss und erkundigte sich, ob davon auszugehen ist, dass die Gebühren im nächsten Jahr wieder gesenkt werden können, da die Kosten für die Havarie dann durch die jetzt erhöhten Gebühren gedeckt sein müssten.

Hierzu führte die Verwaltung aus, dass die Berechnung der Gebühren von Jahr zu Jahr erfolgt und eine Rücknahme der Gebührenerhöhung von daher nicht vorausgesagt werden kann. Es ist jedoch davon auszugehen, dass Anteile der Reparaturkosten für die Druckrohrleitung auch noch im Haushaltsjahr 2013 zu Buche schlagen.

Zum Schaden an der Druckrohrleitung informierte die Verwaltung auf Nachfrage, dass nicht eindeutig festgestellt werden konnte, ob der Schaden aufgrund der Erschütterungen durch die Gleisnutzung oder altersbedingt entstanden ist.

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 1 vom 03.11.2011**

Zur Niederschrift wurde von einem Ratsmitglied angemerkt, dass unter TOP 3b -Feststellung der Fraktionen und Gruppen im Rat- richtigerweise stehen müsste, dass der Fraktionssprecher der SPD durch Ratsherrn Beutz **und** Ratsfrau A.Ramke vertreten wird.

Beschluss:

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Änderung wird die Fassung der Niederschrift genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. **Änderung der Kanalanschlussbeitragsatzung** **Vorlage: 1/2011/1**

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorgelegte Satzung der Gemeinde Sande über die

Erhebung von Anschlussbeiträgen für den Anschluss von Grundstücken an die gemeindliche Abwasseranlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. **Erlass einer 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kanalbenutzungsgebühren**
Vorlage: 5/2011/1

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorgelegte 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kanalbenutzungsgebühren für die Abwasserbeseitigung (Schmutzwasserkanalisation) der Gemeinde Sande vom 30.09.2005.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. **Erlass einer 21. Satzung zur Änderung der Satzung für die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen**
Vorlage: 7/2011/1

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der vorgelegten 21. Satzung zur Änderung der Satzung für die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. **Änderung der Satzung der Gemeinde Sande über die Erhebung von Gebühren für die Straßenreinigung**
Vorlage: 6/2011/1

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorgelegte 19. Satzung zur Änderung der Satzung der Gemeinde Sande über die Erhebung von Gebühren für die Straßenreinigung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. **Festsetzung einer Gebühr für die Oberflächenentwässerung im Ortsteil Cäciliengroden 2012**
Vorlage: 19/2011

Ratsherr David sprach sich gegen die Festsetzung einer Oberflächenentwässerungsgebühr für den Ortsteil Cäciliengroden aus, da nach seiner Auffassung eine Ungleichbehandlung der Bürger vorgenommen wird, wenn die Cäciliengrodener für eine Leistung bezahlen müssen, die für die Sander Bürger kostenlos erbracht wird.

Dem Vorliegen einer Ungleichbehandlung wurde seitens der Verwaltung widersprochen, da Grabenanlieger in Sande die Gräben eigenverantwortlich aufreinigen müssen, während die Arbeiten in Cäciliengroden durch eine Firma erledigt werden.

Beschluss:

Gem. § 4 der Satzung der Gemeinde Sande über die Erhebung einer Gebühr für die Oberflächenentwässerung im Ort Cäciliengroden vom 12.12.1974 wird die Entwässerungsgebühr für die im Bereich der Siedlung Cäciliengroden belegenen Grundstücke für das Haushaltsjahr 2012 auf 0,0320 € je m² Grundstücksfläche festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme

9. **Neufassung der Kreditrichtlinie**
Vorlage: 2/2011/1

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorliegende Richtlinie der Gemeinde Sande für die Aufnahme von Krediten und für die Umschuldung von Krediten nach § 120 Abs. 1 NKomVG vom 11.10.2011.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. **Erlass einer Entwicklungssatzung für den Bereich Edo-Wiemken-Straße/Daunstraße**
Vorlage: 23/2011

Beschluss:

Die zu der ausgelegten Entwicklungssatzung für den Bereich Edo-Wiemken-Straße/Daunstraße eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen haben inhaltlich dem Rat vorgelegen. Den vorgelegten Abwägungsvorschlägen wird zugestimmt.

Der Rat beschließt die Entwicklungssatzung für den Bereich Edo-

Wiemken-Straße/Daunstraße aufgrund des § 34 Abs. 4 Nr. 2 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. 2414) und des § 58 Abs. 1 Nr. 5 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. **Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 46 - JadeWeserAirport - sowie Abschluss eines Städtebaulichen Vertrages**
Vorlage: 24/2011

Beschluss:

Aufgrund des § 2 (1) BauGB in der Fassung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), i. V. m. § 58 (1) Nr. 5 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), beschließt der Rat die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 46 – JadeWeserAirport -.

Der Geltungsbereich ergibt sich aus dem Übersichtsplan und umfasst zwei Teilbereiche auf dem Flugplatzgelände mit einer Gesamtgröße von ca. 11,9 ha.

Die Gemeinde Sande schließt mit der JadeWeserAirport GmbH einen Städtebaulichen Vertrag ab, der der Abwicklung des Bauleitplanverfahrens dient.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. **Neufassung der Hauptsatzung der Gemeinde Sande**
Vorlage: 13/2011

Beschluss:

Aufgrund des § 12 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. Seite 576) beschließt der Rat der Gemeinde Sande die vorliegende Neufassung der Hauptsatzung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. **Neufassung der Aufwandsentschädigungssatzung für Ratsmitglieder**
Vorlage: 14/2011/1

Die SPD-Fraktion begründete einleitend die vorgeschlagene Erhöhung der Entschädigungssätze mit dem Mehraufwand für die Sitzungsvorbereitung und hob dabei hervor, dass es sich um die erste Anpassung seit 10 Jahren

handelt. Einhergehen mit der Erhöhung der Aufwandsentschädigung sollten nach Ansicht der Fraktion die Integration der Fahrtkosten in das dadurch höhere Sitzungsgeld und die Pauschalierung der Sätze für die Fraktions- und Gruppenvorsitzenden. In diesem Zusammenhang wurde hervorgehoben, dass die SPD-Fraktion bereits durch die Bündelung der Ämter des Fraktionsvorsitzenden und des Beigeordneten eine Einsparung gegenüber anderen Fraktionen und Gruppen herbeiführt. Als wichtiger neuer Passus der Satzung wurde die Festsetzung einer Entschädigung für Betreuungskosten gesehen, die jedoch nach Höchstsätzen und nicht nach tatsächlichen Kosten erfolgen sollte. Sodann wurde ein betragsmäßiger Vergleich angestellt, zu dem die Nachbarkommunen Bockhorn und Zetel herangezogen wurden und bei dem man feststellte, dass die Gemeinde Sande mit den künftigen Sätzen genau im Mittelfeld liegen würde. Im Ergebnis hielt die SPD-Fraktion fest, dass die vorgeschlagenen Anpassungen der Entschädigungssätze zwar zu Mehrkosten in Höhe von 6.000 € jährlich führen, diese jedoch in Anbetracht der Tatsache, dass jedes Ratsmitglied dadurch im Schnitt lediglich 20 € mehr pro Monat als noch im Jahr 2001 erhalten wird, als angemessen anzusehen sind.

Die Gruppe Grüne/FDP vertrat eine andere Ansicht und deutete die in Kauf genommenen Mehrkosten als Zeichen für mangelnde Sparsamkeit der Mehrheitsfraktion. Zudem wurden die im Vergleich zu den Nachbarkommunen genannten Zahlen in Frage gestellt und bei einem eigens vorgenommenen Vergleich mit der Gemeinde Wangerland festgestellt, dass die Entschädigungssätze dort, obwohl es sich um eine deutlich größere Kommune handelt, geringer ausfallen. Hinsichtlich der finanziellen Auswirkung und der zu erwartenden Mehrkosten in Höhe von 6.000 € wurde bemängelt, dass diese Mittel nicht im Haushalt vorhanden, sondern vielmehr durch Kredite gedeckt werden müssen. Vor dem Hintergrund der übrigen finanziellen Belastung der Gemeinde und dem vergleichbar hohem Schuldenstand sollten die Ratsmitglieder nach Auffassung der Gruppe eher unterdurchschnittlich entschädigt werden. Als Konsequenz der Ausführungen stellte die Gruppe abschließend einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Nichtbefassung.

Von der CDU-Fraktion wurde auf die Empfehlungen der Entschädigungskommission Bezug genommen, die eindeutig hervorgehoben hat, dass Ratsmitglieder keine Diäten oder finanzielle Abgeltung der aufgewandten Zeit, sondern lediglich einen Ausgleich finanzieller Nachteile, entstanden durch das kommunalpolitische Engagement, erhalten. Im vorliegenden Satzungsentwurf wird den Empfehlungen der Kommission jedoch durch die Integration der Fahrtkosten in das Sitzungsgeld nicht konsequent gefolgt, da nicht der durch die Fahrten entstandene finanzielle Nachteil ausgeglichen wird, sondern eine pauschale Abgeltung der aufgewendeten Zeit stattfindet. Aus Sicht der Fraktion wurden zudem keinerlei Gründe gesehen, die eine Erhöhung der monatlichen Aufwandsentschädigung rechtfertigen würden und die Vorschläge der Mehrheitsfraktion damit insgesamt, mit Ausnahme der Erstattung der Betreuungskosten, als unangemessen angesehen. Aufgrund des Eindrucks der offensichtlichen Nichtbefolgung der Empfehlungen der Expertenkommission beantragte die CDU-Fraktion

eine Überarbeitung des Satzungsentwurfes und die Vertagung des Tagesordnungspunktes auf die nächste Ratssitzung.

Nach den Ausführungen der CDU-Fraktion zog die Gruppe Grüne/FDP ihren Antrag zur Geschäftsordnung zurück und schloss sich dem Antrag der CDU-Fraktion auf Vertagung der Entscheidung zu diesem Tagesordnungspunkt an, der mit 9 Ja-Stimmen und 16 Gegenstimmen abgelehnt wurde.

Beschluss:

Der Rat beschließt gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 5 i. V. m. § 44 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576) die vorliegende Satzung über die über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen, Fahrtkosten, Verdienstausschlag und Sitzungsgeldern an die Ratsfrauen und Ratsherren der Gemeinde Sande und die nicht dem Gemeinderat angehörenden Ausschussmitglieder.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen 9 Nein-Stimmen

14. Benennung der Eltern- und Lehrervertreter für den Schulausschuss
Vorlage: 42/2011

Beschluss:

Gemäß Vorschlag des Gemeindeelternrates vom 05.12.2011 werden als Elternvertreter für den Schulausschuss der Gemeinde Sande benannt:

1. Frau Sylke Lübben, Oskar-Tenge-Weg 15, 26452 Sande
2. Herr Andreas Schlumperger, Ernst-Reuter-Ring 16, 26452 Cäcilienroden

Seitens der Schulen werden als Lehrervertreterinnen mit Stimmrecht benannt:

1. Susanne von Senden (Grundschule Sande)
2. Annette Friedrichs (Grundschule Cäcilienroden)
Vertreterin: Agnes Kersten

Als beratender Lehrervertreter wird benannt:

1. Horst-Dieter Loga (Grundschule Neustadtgödens)
Vertreterin: Helena Schipper

Gleichzeitig wird gemäß § 71 Abs. 5 NKomVG die Änderung der Ausschussbesetzung festgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15. **Geschwindigkeitsbeschränkung der Bahnstrecke Sande - Esens im Bereich Sande**
Vorlage: 43/2011

Nachdem einleitend ein Rückblick auf die Inhalte der mit der Bahn geschlossenen Vereinbarung und der Hinweis auf die Nichteinhaltung der Regelungen gegeben wurde, stellte die SPD-Fraktion den von ihr initiierten Antrag vor. Als neuer Ansatzpunkt für die Durchsetzung der Geschwindigkeitsbeschränkung wurde die Tatsache gesehen, dass in der Vergangenheit sowohl vor als auch hinter der Ortsdurchfahrt Sande belegene Streckenabschnitte wegen des schlechten Untergrundes ertüchtigt wurden, um den Belastungen des steigenden Güterverkehrs Rechnung zu tragen, nicht aber die Ortsdurchfahrt Sande, bei der im Hinblick auf die kommende Bahnumfahrung auf eine Ertüchtigung verzichtet wurde. Vor diesem Hintergrund sollte die Forderung nach einer Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h erneuert und für deren Umsetzung gegebenenfalls rechtliche Schritte eingeleitet werden.

Seitens der CDU-Fraktion wurde die erneute Forderung nach einer Geschwindigkeitsreduzierung grundsätzlich begrüßt, jedoch wäre es nach Ansicht der Fraktion wünschenswert gewesen, wenn ein entsprechender Antrag gemeinsam mit allen Fraktionen und Gruppen erarbeitet worden wäre. Auf Unverständnis stieß die der Presse zu entnehmende Forderung der SPD-Fraktion hinsichtlich der Schließzeiten an den Bahnübergängen, die durch eine Geschwindigkeitsreduzierung nicht verändert werden dürften, da diese Forderung kaum umsetzbar erscheint.

Dazu stellte ein Ratsmitglied klar, dass die Schrankenschließzeiten nicht Gegenstand der Pressemitteilung waren, sondern im Rahmen einer nicht-öffentlichen Diskussion angesprochen wurden.

Die CDU-Fraktion erhielt hinsichtlich des Wunsches nach einem fraktionsübergreifenden Antrag Unterstützung von der Gruppe Grüne/FDP, die jedoch die Aussage des Ratsmitgliedes bestätigte, dass das Thema Schrankenschließzeiten im Rahmen einer Sitzung des Verwaltungsausschusses behandelt wurde.

Nachdem ein Ratsmitglied grundsätzlich die Möglichkeit der Anpassung der Schließzeiten an die tatsächliche Geschwindigkeit der Züge darstellte, wurde abschließend gefordert, dass der Rat der Gemeinde Sande auch künftig geschlossen auftreten und weiterhin Druck durch stetiges Aufleben der Forderungen ausüben muss, um auf die Erforderlichkeit und die beschleunigte Umsetzung der Bahnumfahrung aufmerksam zu machen.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Sande beschließt die Verwaltung zu beauftragen, von der Bahn eine Geschwindigkeitsbegrenzung für den Streckenabschnitt durch Sanderbusch von 30 km/h einzufordern und rechtliche Schritte zur Umsetzung dieser Forderung einzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

16. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

- a) Bürgermeister Wesselmann richtete Dankesworte an die Ratsmitglieder und Mitarbeiter der Verwaltung für die geleistete Arbeit.
- b) Ein Ratsmitglied erkundigte sich, ob das Beratungsergebnis zum Betrieb des ev. Kindergartens bereits dem Vertragspartner mitgeteilt wurde, was seitens der Verwaltung bestätigt wurde, auch wenn es aufgrund von krankheitsbedingten Ausfällen zu einer zeitlichen Verzögerung bei der Übersendung der Mitteilung gekommen ist.
- c) Auf Nachfrage führte die Verwaltung aus, dass seitens der Bahn noch keine Stellungnahme zur Art und Weise der Beseitigung der Gleisschäden in Sanderbusch abgegeben wurde.
- b) Vom Bürgermeister wurde der Termin für die nächste Ratssitzung, die am 22.03.2012 stattfinden soll, bekanntgegeben.

Schluss der Sitzung: 17:35 Uhr

Ratsvorsitzende

Bürgermeister

Schriftführerin

Genehmigt in der Sitzung des Gemeinderates am: _____

Ratsvorsitzende

Ratsmitglied